

FRIDDEN A KRICH

DER IRANKRIEG UND RUSSLAND

# Beute und Bredouille

Thorsten Fuchshuber

**Hohe Ölpreise, gelockerte Sanktionen: Seit Beginn des Irankriegs kassiert Russland kräftig ab. Auch militärisch und politisch kann es profitieren. Doch für das marode Regime ist der Effekt begrenzt.**

„Russland streicht bereits seinen Haushaltsplan für 2026 zusammen“, titelte der unabhängige russische Wirtschaftsnachrichtendienst „The Bell“ am 26. Februar. Das klang zunächst nach einem bösen Erwachen für das Regime in Moskau: Die problematische ökonomische Lage des Landes habe „die Realität des allzu optimistischen Budgetplans eingeholt“. Doch die Katerstimmung im Kreml währte nicht lang. In den Morgenstunden desselben Tages hatte das US-amerikanische und israelische Bombardement iranischer Militäranlagen begonnen – und der daraufhin drastisch steigende Ölpreis führte jede Spekulation über die „Realität“ russischer Wirtschaftsprobleme scheinbar ad absurdum. „Russland erhöht die Ausgaben in Erwartung sprudelnder Öl-Einnahmen“, verkündete The Bell nur wenige Wochen später.

Ist Russland der lachende Dritte im Irankrieg? Neben den westlichen Sanktionen sah sich Russland vor dessen Beginn nämlich insbesondere durch fallende Ölpreise in die wirtschaftliche Bredouille gebracht („Orbán-Putin: Bündnis der Zerstörung“, woxx 1876). Auch militärisch spielt der Konflikt dem Putin-Regime in die Hände. Munition und Luftabwehrsysteme, die die Ukraine dringend zur Verteidigung ihrer unter andauerndem russischem Beschuss stehenden Städte benötigt, wurden seit Kriegsbeginn massenweise in den Nahen Osten verschifft. Politisch kann man sich im Kreml zurücklehnen und beobachten, wie sich der Rivale USA im Nahen Osten laut Kommentator\*innen immer mehr im „Morast“ („quagmire“) des Krieges verrennt, während das Bündnis der Vereinigten Staaten mit Europa immer größeren Schaden nimmt.

All das scheint für Russland genau zur richtigen Zeit gekommen: In den vergangenen Monaten hatte es Anzeichen einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes gegeben, die sich nicht mehr als bloße Spekulation abtun ließen. So war der ökonomische Puffer des Staatshaushalts, der vom russischen Finanzministerium verwaltete „Nationale

Wohlfahrtsfonds“, von 113 Milliarden US-Dollar vor 2022 zuletzt auf 55 Milliarden gesunken. Noch im Januar und Februar hatte die russische Regierung laut dem Wirtschaftsnachrichtendienst „Bloomberg“ insgesamt 6,6 Milliarden US-Dollar aus dem Fonds entnommen, um den Staatshaushalt zu stützen. Dank der jüngsten Öleinnahmen plant das Finanzministerium jedoch, ihn ab Mai wieder aufzufüllen: Der Krieg im Nahen Osten ließ die Preise für einen Barrel Öl der Sorte Brent von unter 70 US-Dollar auf derzeit meist deutlich über 100 US-Dollar steigen. Um den Preisanstieg zu dämpfen, hat die US-Regierung zudem Anfang März eine Lockerung der Sanktionen gegen russisches Öl verkündet, die zunächst bis zum 16. Mai gilt.

## Sinkende Wirtschaftsleistung trotz Geldsegen

Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass der Öl-Geldsegen die strukturellen Herausforderungen der russischen Ökonomie wieder zu übertünchen hilft. Das Grundproblem bleibt nämlich bestehen: die mit staatlichen Mitteln angekurbelte Kriegswirtschaft („Kannibalisierende Kriegswirtschaft“, woxx 1821). Diese führt zu einer historisch niedrigen Arbeitslosigkeitsquote (sie liegt bei zwei Prozent) und hohen Löhnen. Die daraus resultierende steigende Nachfrage kann jedoch nicht befriedigt werden, da die staatlichen Gelder nicht in die Konsumgüter-, sondern in die Rüstungsproduktion fließen. Was dort hergestellt wird, dient nicht der Reproduktion der Gesellschaft und fließt nicht in die Mehrwertproduktion, sondern landet auf dem Schlachtfeld, wo es nur der Zerstörung dient.

Das unmittelbare Resultat ist ein Inflationsdruck, da bei mangelndem Angebot und hoher Nachfrage die Preise steigen. Dennoch hat die Russische Zentralbank den Leitzins am vergangenen Freitag von 15 auf 14,5 Prozent gesenkt. Eine riskante Maßnahme: Kredite werden billiger, was die Nachfrage erneut steigert und die Inflation möglicherweise weiter erhöht.

Ziel ist es, den zivilen Sektor der russischen Wirtschaft anzukurbeln, die derzeit so massiv auf dem Geldfluss aus dem Staatshaushalt in den Rüstungssektor beruht. Nachdem die

Wirtschaftsleistung des Landes allein in den beiden ersten Monaten des laufenden Jahres um 1,8 Prozent geschrumpft war, hat Putin dies offenbar zur Chefsache erklärt. Auf einem Treffen mit Vertreter\*innen seiner Regierung Mitte April, an dem unter anderem auch Finanzminister Anton Siluanow, Energieminister Sergei Ziwirow und Zentralbankchefin Elwira Nabiullina teilnahmen, sagte er, er erwarte Vorschläge, um „das Wachstum der Binnenwirtschaft wieder anzukurbeln, unternehmerische Initiativen zu unterstützen und die Beschäftigungsstruktur zugunsten von Branchen mit produktiveren Arbeitsplätzen“ zu beeinflussen – kurz gesagt: die Bereiche jenseits der Rüstungsindustrie profitabel und auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu machen.

Wie das gehen soll, wenn der Krieg in der Ukraine so viel Arbeitskraft (sowohl beim Wehrdienst als auch in der Rüstung) und staatliche Gelder an sich bindet, ist vollkommen unklar. Das allgemeine Investitionsverhalten in Russland habe sich durch die kriegswirtschaftliche Orientierung des Landes völlig verändert, so Tatiana Mitrowa von der Columbia University in New York: „Unternehmen konzentrieren sich auf die Aufrechterhaltung der laufenden Produktion und nicht auf die Schaffung neuer Kapazitäten oder technologisch komplexer Projekte“, schreibt sie in dem Newsletter „Russland Analysen“. Die heutige Produktion spiegele frühere Investitionen wider, während die derzeitigen Investitionsbeschränkungen die zukünftigen Kapazitäten prägen werden. Die derzeitige Wirtschaftsleistung beruht also auf Investitionen der Vergangenheit, deren Niveau gegenwärtig nicht mehr erreicht wird. Daran wird auch die jüngste Senkung des Leitzinses nicht viel ändern. Rosige Aussichten verspricht das nicht.

## Militärischer Lerneffekt

Zudem ist Russland auch Opfer der heftigen Disruption auf dem Weltmarkt geworden, die es mit dem Ukrainekrieg selbst ausgelöst hat und die mit dem Irankrieg noch viel größer geworden ist. Das musste Zentralratspräsidentin Nabiullina eingestehen, die im April von einer neuen „Realität sowohl für die Regierung als auch für die Wirtschaft“ sprach. Man sehe sich

„mit einer anhaltenden Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen konfrontiert, die sich sowohl auf die Exporte als auch auf die Importe auswirkt“.

Damit sind nicht allein die Lieferketten gemeint. Insbesondere das russische Exportsystem sei „fragmentierter und weniger berechenbar geworden“, so Tatiana Mitrowa. Es stütze sich zunehmend auf Umleitungen, Ad-hoc-Vereinbarungen und den Handel über Zwischenhändler, anstatt auf eine stabile Infrastruktur und langfristige vertragliche Rahmenbedingungen.

Dazu trägt auch die wirtschaftliche Blockade des Landes bei. Am Donnerstag vergangener Woche hat die Europäische Union ihr 20. Sanktionspaket gegen Russland verhängt. Dieses betrifft vor allem die Verschärfung und Ausweitung bestehender Maßnahmen. Unter anderem wurden weitere 46 Schiffe als Teil der sogenannten russischen Schattenflotte deklariert, die in Drittländern registriert sind, aber im Auftrag Russlands Öl transportieren. Auch ein generelles Seeverkehrsverbot für den Transport russischer Ölprodukte sei vorbereitet – hier will man jedoch die Entscheidung der G7-Gruppe abwarten, die sich Mitte Juni in Frankreich trifft. Dennoch ist klar: Je länger die Ölpreise infolge des Irankriegs hoch und die US-Sanktionen gegen Russland gelockert bleiben, desto mehr Einnahmen werden in die Kassen des Moskauer Regimes gespült.

Militärisch gesehen hat Russland in mehrerlei Hinsicht vom jüngsten Konflikt im Nahen Osten profitiert. Rund die Hälfte der Patriot-Luftabwehrraketen, die die USA vor dem Krieg im Bestand hatten und die auch die Ukraine dringend benötigt, wurden laut dem „Center for Strategic & International Studies“ im Irankrieg bislang verbraucht. Die Lieferzeit bei der Neubeschaffung betrage ungefähr 42 Wochen, insgesamt haben die USA im vergangenen Jahr laut „New York Times“ rund 600 davon produziert. Die Bestände sind also offenbar knapp, und so steigt das Risiko, dass die ukrainische Luftabwehr von einem russischen Großangriff überwältigt wird. In der Nacht auf vergangenen Samstag hat die russische Armee bei einem massiven Drohnen- und Raketenangriff insgesamt 666 Geschosse vor allem auf die Stadt Dnipro abgefeuert; dabei kamen mindestens sechs

Auf das gleiche Ziel orientiert?  
Der russische Präsident Wladimir  
Putin (rechts) und der iranische  
Außenminister Abbas Araghchi bei  
dessen Besuch am vergangenen  
Montag in Sankt Petersburg.



FOTO: EPANDMITRI LOVETSKY/POOL

Zivilist\*innen ums Leben und weitere 47 wurden verletzt.

Hinzu kommt der militärische Lerneffekt, der in künftigen Kriegen taktische und strategische Vorteile erbringen kann. Wie ein hochrangiger Nato-Offizier der woxx am Rande des Nato-Gipfels vergangenen Juni in Den Haag sagte, sei der Wissenszuwachs der Nato über die russischen militärischen Belange seit Beginn des Ukrainekriegs enorm. Von der Ukraine lerne man ebenfalls viel: So würden die Nato-Truppen aufgrund der ukrainischen Erfahrungen etwa mit den Patriot-Abwehrsystemen inzwischen ganz anders geschult. Russland dreht den Spieß nun um und beobachtet genau, wie sich der mit ihm verbündete Iran und die USA auf dem Schlachtfeld verhalten.

### Die Ukraine als „global player“

Doch man schaut in Moskau beim Iran-Krieg nicht nur zu. Expert\*innen führen die hohe Treffsicherheit des iranischen Militärs beim Beschuss strategischer Ziele nicht zuletzt auf russische Hilfe zurück. „Es gibt eindeutige Hinweise darauf, dass Russland und China dem Iran Bild- und Signaldaten zur Verfügung gestellt haben, um ihn sowohl bei der Zielerfassung als auch bei der Schadensbewertung zu unterstützen“, schrieb die US-amerikanische Zeitschrift „Foreign Affairs“.

Im Windschatten des Irankrieges haben die russischen Streitkräfte zudem Ende März eine militärische Offensive auf die Ukraine gestartet. Diese läuft jedoch offenbar alles andere als rund. Laut dem Think Tank „Institute for the Study of War“ (ISW) werden die von der russischen Militärführung behaupteten Geländegewinne als maßlos übertrieben eingestuft. Vor Beginn der Offensive war es der ukrainischen Armee im Februar sogar erstmals seit 2023 gelungen, mehr Gelände zurückzugewinnen, als sie an anderer Stelle im gleichen Zeitraum verloren hat, so die „New York Times“. Mitbeeinflusst wurde dies durch die Entscheidung des Unternehmers Elon Musk im selben Monat, den Zugang des russischen Militärs zu seinem Internetservice „Starlink“ zu blockieren, was die Koordination der Truppen auf dem Schlachtfeld erschwerte.

Zunehmend setzt die Ukraine ihren Gegner auch mit Drohnenangriffen

unter Druck. Im Visier hat man, anders als Russland, keine zivilen Ziele, sondern Öl- und Militäranlagen; laut ISW habe es seit Mitte April mindestens zehn solcher ukrainischen Angriffe gegeben. Diese haben offenbar keineswegs nur psychologische Wirkung, sondern ernstzunehmende wirtschaftliche Folgen. Die ukrainische Effizienz im Drohnenkrieg führt überdies zu einem russischen Rekrutierungsproblem; ukrainischen Angaben zufolge werden inzwischen monatlich mehr russische Soldaten getötet als Moskau in derselben Zeit nachmestern kann. Der Leiter des estnischen Auslandsgeheimdienstes, Kaupo Rosin, bestätigte dies am Montag gegenüber dem Nachrichtenportal „EUObserver“.

Aufgrund des Irankriegs mausert sich die Ukraine mit ihrer Erfahrung im Drohnenkrieg inzwischen sogar zum „global player“. Ende März war Präsident Wolodymyr Selenskyj in den vom Iran unter Beschuss genommenen Golfstaaten unterwegs, um dort mehrere Deals zur Drohnenabwehr abzuschließen. Mit ukrainischer Technologie koste der Abschuss einer Drohne 10.000 Dollar, die USA und ihre Verbündeten setzten im Nahen Osten dafür Raketen im Wert von vier Millionen Dollar ein, so Selenskyj und sprach für sein Land gar von einem möglichen „Milliardendeal“. Das ukrainische Militär greift für seine Drohnen auf handelsübliche Komponenten und Virtual-Reality-Brillen aus dem Gaming-Bereich zurück, wie man sie in Luxemburg in jedem Fachgeschäft kaufen kann. Laut dem Nachrichtenportal „Axios“ hatte die Ukraine im vergangenen Spätsommer auch den USA eine Kooperation zur Drohnenabwehr angeboten, die Trump-Regierung hatte dies jedoch abgelehnt. Inzwischen unterstützen ukrainische Expert\*innen die US-Truppen vor Ort.

### „Iran's pain is Russia's gain“

Wie umfassend Russland den Irankrieg politisch nutzen kann, ist derzeit noch nicht abzusehen. Natürlich hat man im Kreml gern zur Kenntnis genommen, dass die Trump-Regierung sich kaum Mühe machte, den jüngsten Waffengang gegen den Iran vor der Öffentlichkeit und gegenüber seinen Verbündeten zu begründen. Das wird man für das eigene Handeln künftig argumentativ zu nutzen wissen.

Auch der fortschreitende Zerfall des transatlantischen Bündnisses ist ganz nach dem Geschmack des Kremls. Schließlich hofft man in Moskau auf eine multipolare Ordnung ohne einen Hegemon und feste Bündnisse, in der auch die machtpolitischen Mittel Russlands groß genug sind, eigene Interessen durchzusetzen und dafür nötigenfalls andere Nationen in Geiselhaft zu nehmen.

Eifrig wird in Russland über Strategien zur Umsetzung dieser multipolaren Weltordnung diskutiert. An einem Panel beim „Moskauer Wirtschaftsforum“ Anfang April zu diesem Thema nahmen neben Kazem Jalali, dem iranischen Botschafter in Russland, den luxemburgischen und deutschen EU-Parlamentsabgeordneten Fernand Kartheiser (ADR) und Thomas Geisel (Bündnis Sahara Wagenknecht) unter anderem auch der russische Geopolitik-Ideologe Alexander Dugin teil („Der Denker des Imperiums“; woxx 1704). Während Kartheiser sich und seinen deutschen Parlamentskollegen in altbekannter Weise als Verteidiger von Frieden und Meinungsfreiheit inszenierte, hob Dugin das „großartige Beispiel“ und die „heroischen Taten“ des Iran im Krieg gegen die USA hervor und forderte, die multipolare Ordnung nun auch konkret auszuformulieren. Dabei müsse auch der „globale Süden“ einbezogen werden.

Was das bedeutet, lernen derzeit unter anderem mindestens 1.400 Männer aus Ländern wie Nigeria, Ghana, Kenia, Uganda und Südafrika, die laut dem Recherchenetzwerk „Inpact“ mit der Behauptung, dort einen Job zu bekommen, nach Russland gelockt wurden, aber sich dann an der Front wiederfanden: „In einem Militärlager in der Stadt [Belgorod, nahe der ukrainischen Grenze] wurden ihnen Militäruniformen, Sturmgewehre und andere Waffen ausgehändigt, und dann wurden sie ohne Ausbildung direkt an die Front geschickt“, so der britische

„Guardian“. Mehr als 300 von ihnen sollen bereits getötet worden sein.

Auch die russische Militärhilfe für afrikanische Regimes fruchtet weiterhin wenig, wie sich aktuell am Beispiel Mali und der dort am vergangenen Wochenende begonnenen heftigen Offensive islamistischer Rebellen zeigt, wo russische Kämpfer des Afrikakorps das Terrain teils kampfflos räumten. Es sei schon lange klar gewesen, „wie ineffektiv die russischen Söldner als Partner bei der Terrorismusbekämpfung“ seien, kommentierte der Sahel-Experte Wassim Nasr in der „Washington Post“. Das gelte sowohl früher in Form der Wagner-Gruppe als auch derzeit beim dem russischen Verteidigungsministerium unterstehenden Afrikakorps. Moskau betrachtet Mali als eine seiner Hochburgen, die es ihm ermöglichen soll, seine Position auf dem afrikanischen Kontinent zu festigen. In den vergangenen Wochen wurden jedoch offenbar Kräfte von dort abgezogen, um die in der Ukraine kämpfenden Truppen zu stärken. Für die Russland-Expertin Hanna Notte ist Mali nur das jüngste Beispiel einer Kette von Ereignissen, die zeige, dass „Russlands globale Machtprojektion zunehmend unter Druck gerät“ („Imperium der Peripherie?“; woxx 1865).

Vom Krieg seines Verbündeten Iran mit den USA profitiert das russische Regime also bislang nur bedingt. Vielleicht hofft man in Moskau deshalb, dass keine der beiden Seiten so schnell gewinnt: „Iran's pain is Russia's gain“, hat es die Zeitschrift „newsweek“ anlässlich des Besuchs des iranischen Außenministers Abbas Araghchi Anfang dieser Woche in St. Petersburg formuliert. Sollten die USA auf unabsehbare Zeit im Nahen Osten verstrickt bleiben, würden sie dort weiter Ressourcen verbrauchen, Geld in die russischen Kassen spülen und als taumelnde Weltmacht erscheinen – vor allem jedoch ihre Aufmerksamkeit nicht dem Ukrainekrieg widmen.